



Freiheit

Nationen voran, nicht globalregionale Utopien

Freihandel

Seit dem 1. Juli ist das Handelsabkommen Amerika-Mexiko-Kanada in Kraft. Verhandelt im Jahr nach Präsident Trumps Wahl, regelt dies **USMCA Freihandel** mit mehr Sozial- und Umweltschutz. Trotz der Tumulte in links geführten Metropolen und dem Aufflackern der Covid-19 Fälle um 30% (55.000⁺ neue / Tag) und dem Abbremsen der Öffnung in 16 Staaten, bleibt die Wirtschaft vital: Aktienindizes sind in 50 Tagen die besten seit 30 Jahren. Trump deutete ein neues Hilfspaket an.



Immer, wenn man ob der Misere meint, die Welt gerät aus den Angeln, überrascht einen die Kreativität der Privatwirtschaft: 4,8 Mio. neue **Jobs** im **Juni** (Rate 11,1%). Gewinne für Minoritäten; 80% der Kleinfirmen sind offen. Industrie hat Novitäten „Made in the USA“.

Wiki US Currency Coin



Dies hat seine solide Basis. Privateigentum ebenso der vielen kleinen und mittleren Firmen, massive Jobbeschaffer, sowie der konstitutionell garantierte Individualismus. Amerika ist kein Land für sozialistische, kollektivistische Experimente, möge dies nie sein. Trump ehrt am Landesgeburtstag, 4. Juli, in Mount Rushmore beste Vorgänger und die freie Marktwirtschaft.

Gewaltende in DC, Seattle

Doch können Anarchisten, Antifa (ein Leiter der Denkmalsstürmer in DC steht vor Gericht, wie 150 in Amerika) und Gruppen viele prägen, Ansichten zur Polizei längere Zeit vergiften. Dies geht nur, weil linke Kommunalseiten sie begünstigten und Firmen ihnen Gelder zahlten. Aus der Kongress-Opposition kam keine entschiedene Abfuhr für all die Randalen.

Seattles okkupierte **Zone** ist nach drei **Wochen** an **Gewalt** am 1. Juli 2020 geräumt worden – von der Polizei. Anfänglich sprach Bürgermeisterin Durkan vom „Liebessommer“. Dann folgten in der „Chop Zone“ so viele Übergriffe und der Tod zweier Teenager. **Moral** und **Gesetz** müssen wiederhergestellt werden. Inkompetenz von Stadtführungen wird klar. Ähnlich in New York, wie es der dortige Erzbischof Timothy Cardinal **Dolan** gesehen hat.

Indien-Pazifik

Chinas ausgreifender Kurs gegenüber der IP-4 Gruppe (Amerika, Australien, Indien, Japan) fällt auf. Indien und Australien antworteten, indem sie am 4. Juni ihren Verteidigungspakt schlossen. Sie nennen dies umfassende strategische Partnerschaft und erlauben die gegenseitige Nutzung von Militärbasen. Ihr Ziel ist ein offener und integrativer Indo-Pazifik.

Mit Premier Scott Morrison setzen sie dies den militarisierten künstlichen Inseln Beijings im Südchinesischen Meer entgegen. Dabei spielt der Aufschwung in Atomwaffen Chinas und Pakistans sowie der am 17. Juni vertiefte Konflikt um Kaschmir seine Rolle. Das wird dort eine große Gefahr für diese etwa 2.7 Md. Menschen oder ein 1/3 der Weltbevölkerung.

Am 17. Juni unterschrieb Trump den „Uyghur Human Rights Policy Act of 2020“ gegen **Organisatoren** der massiven Verletzung von Menschenrechten der muslimischen Uiguren-Minderheit in Xinjiang. Dies geht gegen Lager der Indoktrination, Zwangsarbeit und die elektronische Aufsicht. Offenbar wurden nun einige der „Umerziehungscamps“ **aufgelöst**.

Hongkong

Die Sonderzone ist im Griff des Nationalen Sicherheitsgesetzes, das Beijing annahm. Seit 30. Juni ist damit die ohnehin fragwürdige Losung „Ein Land, zwei Systeme“ vorbei. Protestierende sind verhaftet worden, diese liberale Zeit ist dahin: keine freie Rede mehr und neue Organe, Opposition zu verfolgen. Kriminalisiert sind Abtrennung, Subversion, Terror und auswärtige Einmischung. Diese Zone ist nicht mehr unabhängig, auch nicht Gerichte.

Der im Linksduktus „blocklos driftende“ Boris Johnson erklärte am 3. Juli, London gab 1984 Hongkong sein Wort und müsse heute dafür einstehen. Das neue Sicherheitsgesetz wäre ein Vertragsbruch. Hongkong sollte bis 2047 autonom sein, wie 1997 vereinbart. So bot er Millionen dort an, auf die Inseln zu emigrieren. Dies wird eine individuelle Lösung. Der US-Senat nahm am 2. Juli ein Gesetz an, das Chinas Offizielle, Gruppen wie Banken und Firmen hinter jenem Sicherheitsgesetz sanktioniert. Trumps Unterschrift steht nun an.

Covid-19 am Nil

Kairo hat begonnen, die Wirtschaft zu öffnen. Wie überall, muss es noch parallel mit Covid-19 umgehen (66.754 Fälle, 2.872 Tote). Die reale Zahl könnte höher sein, da es so wenig Tests gab. Indes fielen 103 Ärzte dieser Pandemie zum Opfer. Nach drei Monaten gesperrter Türen, sind jetzt die Moscheen wieder offen – Masken und Abstand obligatorisch.

Zu außenabhängig

Alles traf die Wirtschaft hart, die sich unter Abd al-Fattah as-Sisi, gemessen am Wachstum des Inlandprodukts mit über 5% seit 2018 erholte. Dies halbierte sich 2020. Der Weltwährungsfonds gab eine \$5,2 Md. Anleihe, zuvor \$ 2,8 Md. Doch Tourismus fiel aus, kleiner waren Transfers der Auslandsägypter und Sueskanalgelder. Die Öffnung geht voran, jedoch fehlen gute Systeme der Kranken- und Sozialversicherung. Eben noch renoviert, lockt das Hindu-Schloss des Industriellen Baron Empain die Touristen nun nach Heliopolis. Hinzu kommt politischer Zündstoff. Streit um das Nil-Wasser des Großen Äthiopischen Staudamms zwischen Ägypten, Äthiopien und Sudan ist im UN-Sicherheitsrat anhängig. Indem Addis Abeba Mitte Juli seine Stauung startet, erwächst Zeitdruck für Gespräche.

Wiki B. Samuel - Empain Palast



Andererseits gedachten Ägypter des 7. Jahrestages ihrer Revolte vom 30. Juni, als Muhammad Mursi, ein Präsident für Muslimbrüder, nach nur einem Jahr aus dem Amt gezwungen wurde. Zuvor gab es eine dreimonatige Volksbewegung, weshalb es kein üblicher Militärcoup, sondern eine Coupvolte war. Tatsächlich glitt das Land am Abgrund des Chaos vorbei. Die Gefahr bleibt. Islamisten wollen diesen Nilstaat über Libyen in Kriege verwickeln.

Eurokrise – 2036

Europa sei sicher in der schwersten Lage seiner Geschichte, meinte Angela Merkel am 2. Juli. In dieser Krise stehe Zusammenhalt auf dem Prüfstand. Ab 1. Juli unter Berliner EU-Ratspräsidentschaft, bietet sie neben Pandemie-Überwindung alte Devisen als Zukunftsthemen an: Klimaschutz, Digitalsouveränität, Weltrolle Europas, Reform im EU-Asylsystem und Austrittshandel mit Briten. Merkels Gespräch zeigt Souveränitätsstreit unter Euro- und Nationalstaatsrecht. Solange die Nationalstaaten mit den demokratischen Parlamenten agieren, erfahren Nationen, nimmer globalregionale Bürokratien Vorrang. Die EU ruht auf Fehlthesen. Eurosozialismus samt Scheinparlament sollen dies bemänteln. Sie rückt so näher an China, Mittelost und Putins Russland. Nun 2036: soll da Merkel nicht noch viel länger im Amt verfügen, was gut für Europa sei?

Wolfgang G. Schwanitz